



Antrag

TOP:
Vorlagen-Nummer: **V/2013/11641**
Datum: 03.04.2013
Bezug-Nummer.
PSP-Element/ Sachkonto: 1.11101.06/58110220
Verfasser: Herr Bernhard Bönisch
Herr Gerry Kley
Herr Tom Wolter

Plandatum:

Beratungsfolge	Termin	Status
Stadtrat	24.04.2013	öffentlich Entscheidung

Betreff: Antrag der CDU-Stadtratsfraktion, der FDP-Stadtratsfraktion, der Fraktion MitBÜRGER für Halle - NEUES FORUM zum SPIEGEL-Artikel

Beschlussvorschlag:

1. Die Stadt Halle weist die im SPIEGEL-Artikel vom 30.03.2013 (S. 24) getroffenen Äußerungen und Unterstellungen gegenüber der Stadt und seiner Bevölkerung zurück.
2. Die Stadtverwaltung wendet sich an den Deutschen Presserat und beantragt eine Beschwerde zum Vorfall.
3. Die Stadt Halle fordert den SPIEGEL zur Richtigstellung auf.
4. Die Stadtverwaltung lädt die SPIEGEL-Chefredaktion und den verantwortlichen Artikel-Redakteur in die Stadt Halle ein und informiert zum Thema „Rechtsextremismus in Halle“ vor Ort. Dies schließt die Möglichkeit ein, dass die hallesche Bevölkerung sich daran beteiligen kann.

gez. Bernhard Bönisch
Fraktionsvorsitzender

gez. Gerry Kley
Fraktionsvorsitzender

gez. Tom Wolter
Fraktionsvorsitzender

Begründung:

Ein Artikel mit nicht belegbaren Thesen und Unterstellungen macht jahrzehntelange Aufbauarbeit und Imagebildung der Stadt Halle zunichte. Die Darstellung Halles als eine „Hochburg des Rechtsextremismus in Deutschland“, „wo [es] in einigen Ecken der Stadt lebensgefährlich sei, für Menschen mit dunkler Hautfarbe, nachts allein auf die Straße zu gehen“ ist sachlich falsch und deckt sich weder mit der Wahrnehmung der Bevölkerung und der potenziellen Opfergruppen, noch mit der Kriminalitätsstatistik des Landes Sachsen-Anhalt und den Wahlergebnissen rechtsextremer Parteien und Kandidaten in der Stadt Halle. Der Artikel ist ein schwerwiegender Imageschaden für die Stadt Halle, da DER SPIEGEL eine verhältnismäßig hohe Reputation in Deutschland genießt. Eine Richtigstellung ist daher dringend notwendig.



Stadt Halle (Saale)
Geschäftsbereich des Oberbürgermeisters

15. April 2013

Sitzung des Stadtrates am 24. April 2013

Betreff: Antrag der CDU-Stadtratsfraktion, der FDP-Stadtratsfraktion, der Fraktion
MitBÜRGER für Halle - NEUES FORUM zum SPIEGEL-Artikel

Vorlagen-Nummer: V/2013/11641

TOP: 8.1

Stellungnahme der Verwaltung:

Zur Vorbereitung des Beschlusses weist die Verwaltung auf Folgendes hin:

Die Stadt Halle (Saale) hat sich bereits unmittelbar nach Bekanntwerden des Artikels eindeutig positioniert. In einer Presseerklärung äußerte sich der Oberbürgermeister wie folgt:

„Die Darstellung überrascht und erschreckt mich. Es ist nicht erkennbar, mit welchen Quellen der Autor arbeitet. Die mir bekannten Statistiken im Bereich der politisch motivierten Gewaltdelikte und die Ergebnisse der Landtagswahl 2011 zeichnen für die Stadt Halle ein anderes Bild.

Ein breites gesellschaftliches Bündnis fördert seit Jahren durch vielfältige Aktionen Toleranz und Zivilcourage in unserer Stadt. In Halle ist kein Platz für Rechtsextremisten und Fremdenhass – in keinem Stadtteil.“

Ebenso eindeutig waren alle öffentlichen Reaktionen von Bürgerinnen und Bürgern der Stadt, Kommunalpolitikern, Verbänden und Vertretern der Landesregierung.

Dr. Bernd Wiegand
Oberbürgermeister